

# Fraktionsvotum

Votum der Fraktion CH/GP/GLP

Gemeinderatssitzung 19. August 2020

## Frauenfelder Energiepolitik: Auf halbem Weg stecken geblieben

Anlässlich der Klimakonferenz 2015 in Paris ist berechnet worden, wieviel CO<sub>2</sub> weltweit ausgestossen werden darf, dass eine maximale Temperaturerhöhung zwischen 1.5 und 2 °C nicht überschritten wird, darunter auch der Anteil für die Schweiz. Dieses CO<sub>2</sub>-Budget schmilzt in rasendem Tempo. Wenn wir so weitermachen, dann haben wir in wenigen Jahren unser Budget aufgebraucht. Wenn wir die Emissionen durch unseren Konsum, z.B. importierte Lebensmittel, Kleider und der grösste Teil der Baumaterialien dazurechnen, geht es noch bedeutend schneller. Wir sind also alle gefordert, die Schweiz, die Kantone und natürlich auch die Gemeinden als letztes Glied der Kette und zwar jetzt und heute und nicht erst in einigen Jahren. Wir fordern darum den Stadtrat auf, endlich vorwärts zu machen.

In der umfassenden Antwort auf die Interpellation wird das leider erst in homöopathischer Dosis sichtbar. Nach einer sauberen und – da schliessen wir uns dem Stadtrat an – „ernüchternden“ Auslegeordnung wird die Antwort immer mehr zu einer Rechtfertigung für die schlechte Frauenfelder Klimabilanz. Immer wieder ist davon die Rede, warum nichts getan werden könne. Die effektiv ausgeführten und geplanten Massnahmen dabei fast vergessen. Die Zeit ist überfällig, endlich den Finger auf die zwei besonders heiklen Punkte in der Frauenfelder Klimapolitik zu halten. Es sind dies *erstens* Erdgasabhängigkeit und *zweitens* die vielen Parkplätze. Das sind gleichzeitig die beiden grossen politischen Hebel, welche die Stadt Frauenfeld hätte und ausgerechnet dort wird nichts gemacht oder sogar in die falsche Richtung gelenkt.

Zur Erdgasabhängigkeit: Das ist zwar ein altes Thema aber wir möchten noch einmal einen möglichen Weg aufzeigen. Frauenfeld hat in dieser Hinsicht die beste mögliche Startsituation. Sie ist in Besitz der eigenen Erdgasinfrastruktur und es hat einen Energiefonds. Besser könnten die Voraussetzungen für eine aktive und wirksame Energiepolitik im Gebäudebereich nicht sein. Frauenfeld kann den Ausstieg aus dem Heizen mit Erdgas selber terminieren, natürlich mit einem genug langen Vorlauf für die Gebäudeeigentümer\*innen. Mit dem Energiefonds können dann die Umstiegswilligen Gebäudeeigentümer\*innen finanziell unterstützt werden.



Stattdessen macht der Stadtrat genau das Gegenteil. Er versucht, die Besitzer von Erdgasheizungen mit einem 10prozentigen Feigenblatt-Biogasanteil weiter an die verbleibenden 90% Erdgas zu ketten. Davon profitieren nur die Werkbetriebe und die Lieferanten von Erd- und Biogas, leidtragende sind die Hauseigentümer und Hauseigentümerinnen.

Wir haben in Frauenfeld heute noch fast 4000 fossil beheizte Gebäude. Mit dem Ziel der Klimaneutralität per 2050 müssten jährlich über 130 fossile Heizungen ersetzt werden. Jedes Jahr, das wir zuwarten, steigt diese Zahl. Letztlich lassen wir die Gebäudeeigentümer\*innen so ins Klimamesser laufen.

Ein zweiter grosser Hebel liegt bei den Parkplätzen. Es gibt im Zusammenhang mit Parkplätzen und Verkehr eine einfache Gesetzmässigkeit. Man redet von „induzierte Mobilität“. Einfach gesagt bedeutet das, dass jeder Parkplatz Verkehr und somit Treibhausgasemissionen verursacht. Das ist keine Erfindung der Linken und Netten, sondern eine altbekannte und bewährte mobilitätsplanerische Grösse. Weniger Parkplätze heisst damit automatisch weniger Verkehr und natürlich auch weniger Treibhausgasemissionen. Die Bewilligung von Parkplätzen und die Finanzierung von öffentlichen Parkplätzen über den Parkplatzfonds wären der politische Hebel, den der Stadtrat dazu aktivieren könnte. Stattdessen fördert der Stadtrat planlos den Bau von Parkplätzen und wundert sich dann, dass der Verkehr laufend zunimmt. (Argumentiert wird dabei oft mit den angeblichen Bedürfnissen des Detailhandels etc... Dabei zeigen die Beispiele anderer Städte seit Jahren, dass ein attraktiver öffentlicher Raum, sprich: Ein Raum in dem Begegnungen zwischen Menschen möglich sind, DIE Grundlage zur Transformation des Detailhandels sein kann.) Aktuell werden laufend neue Parkplätze in Tiefgaragen erstellt. Wir sind uns alle einig, dass die bestehenden Tiefgaragenplätze schlecht ausgelastet sind. Hier bräuchte es einmal eine konkrete Strategie. Wie viele Parkplätze brauchen wir tatsächlich? Für welche Nutzenden sollen sie bereitstehen und für welche nicht?

Sie sehen: Klimapolitik kann durchaus auch Lokalpolitik sein. In diesem Sinn freuen wir uns auf den weiteren Austausch mit dem Stadtrat und mit Ihnen geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Allen, die an der Beantwortung der Interpellation beteiligt waren, danken wir für die sorgfältige Aufbereitung des Themas.

Heinrich Christ  
Fraktion CH/Grüne/GLP

